

Journal

Wer Ergänzungsleistungen hat, bekommt mehr Geld für Miete

BERN Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV oder IV sollen künftig mehr Geld für die Wohnungsmiete erhalten. Der Nationalrat zeigte sich mit diesen Vorschlägen des Bundesrats im Grundsatz einverstanden. Die Höchstbeträge sind letztmals 2001 angepasst worden. Da die Mieten seither deutlich gestiegen sind, möchte der Bundesrat die Beträge erhöhen. SP, Grüne, Grünliberale und die CVP fanden, das Problem sei zu dringend, um auf die EL-Revision zu warten. 40 000 Senioren und Seniorinnen, viele Familien und Menschen mit Behinderungen hätten grösste Mühe, ihre Mieten zu bezahlen, sagte Bea Heim (SP/SO).

Stadt Zürich plant rote Null und Rekord bei Steuereinnahmen

ZÜRICH Die finanzielle Situation der Stadt Zürich hat sich leicht verbessert, bleibt aber weiterhin angespannt. Für 2016 rechnet der Stadtrat bei einem Aufwand von 8,689 Milliarden Franken und Einnahmen von 8,676 Milliarden Franken mit einem Defizit von 12,7 Millionen Franken. Auf der Ertragsseite sind bei einem unveränderten Steuerfuss von 119 Prozent rekordhohe Steuereinnahmen von 2,82 Milliarden Franken budgetiert, 165 Millionen Franken mehr als im Jahr 2015.

Schneesportwoche wird nicht zur Pflicht erklärt

BERN Der Bund soll die Bevölkerung darin unterstützen, mehr Schneesport zu treiben. Aus Sicht des Parlamentes braucht es dazu aber keine obligatorische Schneesportwoche. Der Nationalrat ist gestern stillschweigend auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt. Im Grundsatz war das Anliegen in beiden Räten unbestritten. Zu weit gingen dem Ständerat aber mögliche Massnahmen wie eine obligatorische Schneesportwoche. Die kleine Kammer befürchtete einen Eingriff in die Autonomie der Kantone.

Hochrheinbahn kommt nicht voran

SCHAFFHAUSEN Der Bundesrat hat am Montag auf eine Frage des Schaffhauser Nationalrats Thomas Hurter (SVP) zum Stand der Hochrheinbahnstrecke geantwortet. In einem Postulat, dessen Überweisung bald zwei Jahre her ist, wurden ein Bericht und eine Angebotsverbesserung für die Strecke zwischen Schaffhausen und Basel verlangt. Bis heute ohne Antwort. Hurter wollte nun von der Landesregierung wissen, warum sich der Bericht so verzögere und welche Angebotsverbesserungen vorgeschlagen würden.

«Die Zuständigkeit liegt bei Deutschland», schreibt der Bundesrat in der Antwort. Die Arbeiten kämen nur zögerlich voran, gemeinsame Sitzungen fänden «trotz mehrmaligem Insistieren über verschiedene Kanäle» nur in grossen Zeitabständen statt. Bis heute lägen der Schweiz keine Zwischenergebnisse vor. So hätten etwa die Vorschläge zum Angebotskonzept, zur Finanzierung des Infrastrukturausbau oder zur Anerkennung des Schweizer Tarifs bislang nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Für morgen Donnerstag sei, so schreibt der Bundesrat weiter, eine Sitzung der zuständigen Stellen vereinbart.

«Ich bin überhaupt nicht erfreut», ist Hurters Reaktion auf diese Antwort, wie er den SN sagt. «Die Hochrheinbahn ist nicht die einzige Baustelle zwischen der Schweiz und Deutschland, bei der unser Nachbarland nicht vorwärtsmacht. Das war auch schon beim Staatsvertrag beim Flughafen Zürich und beim verzögerten Ausbau des Neat-Nordanschlusses so.» Nicht die Schweiz sei die Rosinenpickerin, sondern – zumindest in Verkehrsthemen – ganz klar Deutschland. (aka)

Mehr Subventionen für Wasserkraft

Der Ständerat hat gestern bei der Beratung der Energiestrategie die Gelder für die Wasserkraft gegenüber dem Nationalrat erhöht.

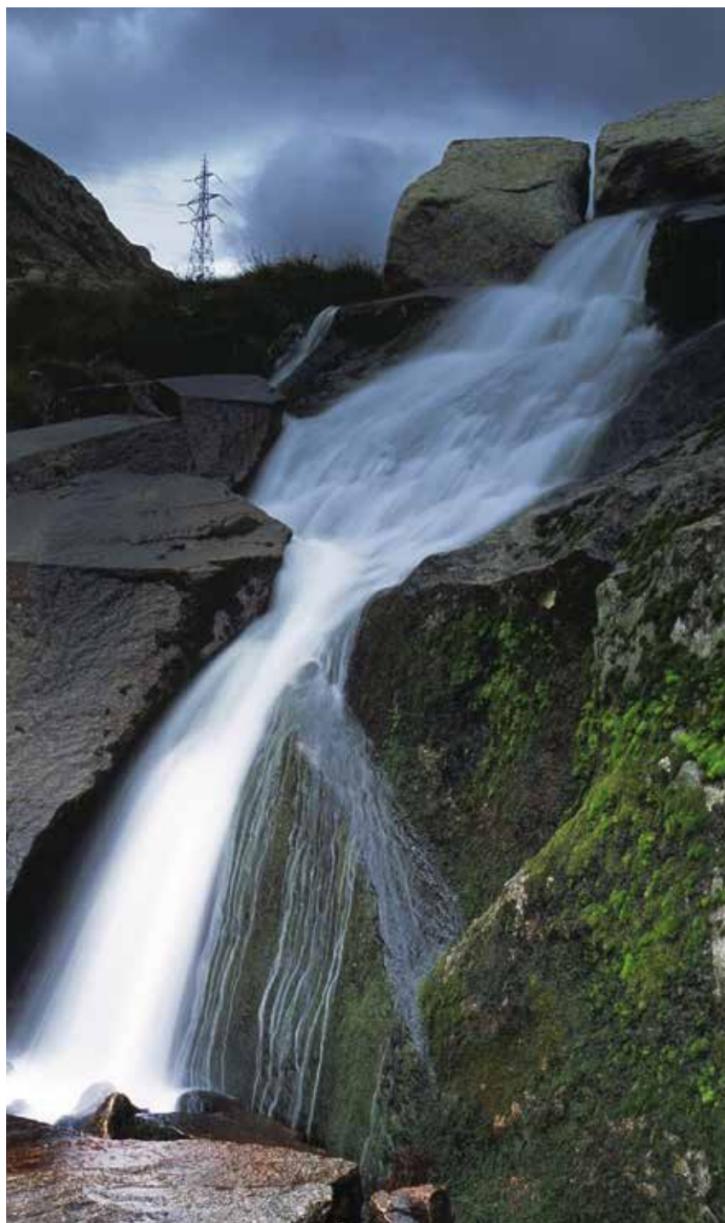
VON HANSPETER GUGGENBÜHL

BERN Die Kapazität der Kraftwerke in Europa übertrifft seit Jahren die schrumpfende Nachfrage nach Elektrizität. Zusätzlich treiben Subventionen für Kohle, Atom-, Wind- und Solarenergie die Preise auf dem Strommarkt in den Keller. Diese Entwicklung drückt auch auf die Rentabilität der einst lukrativen Schweizer Wasserkraftwerke. Sie können mit dem tieferen Ertrag ihre reinen Betriebskosten zwar noch decken, betonte Bundesrätin Doris Leuthard gestern im Ständerat. Einige Wasserkraftwerke aber haben Mühe, ihre Kapitalschulden oder Erneuerungen zu finanzieren.

Betroffen davon sind vor allem neue, teure Speicherkraftwerke wie etwa das Pumpspeicherwerk Linthal 2015 der Axpo oder das Alpiq-Pumpspeicherwerk Nant de Drance. Die Axpo etwa musste einen hohen Teil der Investitionen in Linthal bereits abschreiben, bevor das Werk nächstes Jahr eingeweiht wird; das gaben der Thurgauer Axpo-Verwaltungsrat und SVP-Ständeherr Roland Eberle bekannt.

Geld aus dem KEV-Topf

Die aktuelle Marktlage verstärkt den politischen Druck, um auch die Wasserkraft zu subventionieren. Schon der Nationalrat hatte im Dezember beschlossen, den Bau von neuen mittleren und grossen Wasserkraftanlagen mit Beiträgen zu unterstützen. Diese Beiträge können bis zu 50 Prozent der Investitionskosten decken. Das Geld dazu soll der Kasse entnommen werden, aus der der Bund seit 2008 die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus Solar-, Wind-, Biomasse- und kleinen Wasserkraftwerken (unter 10 Megawatt Leistung) finanziert. Als Kompensation beschloss der Nationalrat damals, die Einspeisevergütung für die kleinsten Wasserkraftwerke (mit weniger als einem Megawatt Leistung) zu streichen. Seine



Ein Wasserfall beim Grimsensee. Die Wasserkraft war gestern eines der grossen Themen bei der Beratung der Energiestrategie im Ständerat.

Bild Key

Begründung: Diese Mini-Kraftwerke verschlingen, gemessen an ihrem geringen Stromertrag, übermässig viele Subventionsfranken und graben kleinen Bächen das Wasser ab.

Der Ständerat, in dem Vertreter der Wasserkraftkantone und der Elektrizitätswirtschaft stark vertreten sind, beschloss gestern, die nationalrätliche Wasserkraftunterstützung wie folgt zu ergänzen:

► Die KEV soll wieder erweitert werden auf Mini-Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 300 Kilowatt bis

einem Megawatt; das beschloss die Ratsmehrheit gegen den Widerstand der Umweltverbände.

► Gelder aus dem KEV-Topf können künftig auch verwendet werden, um bestehende Wasserkraftwerke ab zehn Megawatt Leistung, die durch die tiefen Marktpreise in eine wirtschaftliche Notlage geraten, vorübergehend zu unterstützen. Pro Jahr dürfen damit rund hundert Millionen Subventionsfranken in grosse Wasserkraftwerke fliessen. Die Bedingungen für diese Notlage hat der Ständerat in einem langen, umständlichen Gesetzesartikel formuliert. Dieser verlangt unter anderem, dass die Standortkantone die neue Subvention mit einer Senkung der Wasserzinsen flankieren.

Verständnis, aber wenig Freude an dieser zusätzlichen Wasserkraftsubvention zeigte Energieministerin Doris Leuthard. Ihre Begründung: Mit der KEV sollen nicht bestehende Techniken subventioniert, sondern grundsätzlich nur neue Technologien gefördert werden, und auch dies nur so lange, bis sie sich im Markt aus eigener Kraft behaupten können.

Unsichere Mehr- und Minderheiten

Eine Minderheit des Ständerates lehnte die neuen Subventionen ab. Eine andere Minderheit beantragte eine noch höhere Subventionierung der Wasserkraft. Ein weiteres grosszügiges Subventionsmodell hatte der Bündner Ständerat Stefan Engler beantragt, diesen Antrag aber zum Bedauern des Verbandes Schweizer Elektrizitätswerke kurz vor der Abstimmung wieder zurückgezogen.

Im Weiteren beschloss der Nationalrat, die Gewährung der KEV für neue Kraftwerke sowie die Investitionsbeiträge für kleine Fotovoltaikanlagen zu befristen. Demnach sollen die Investitionsbeiträge ab 2031, die KEV-Zusagen schon sechs Jahre nach Inkrafttreten des revidierten Energiegesetzes abgeschafft werden.

Mit diesen und weiteren Entscheidungen hat der Ständerat Differenzen zum Nationalrat. Diese Differenzen werden in späteren Sessions bereinigt. Die Energiestrategie wird das Parlament auch nach den Wahlen also weiter beschäftigen. Dabei können die aktuellen Mehrheitsbeschlüsse wieder in Gefahr geraten.

Das Parlament fliegt im Zickzack

Der Nationalrat sprach sich zuerst für, dann gegen ein Transportflugzeug für die Armee aus.

VON TOBIAS BÄR

BERN Wäre es nach alt Bundesrat Samuel Schmid gegangen, besässe die Schweizer Armee heute zwei kleine militärische Transportflugzeuge. Doch das Parlament sagte vor etwas mehr als zehn Jahren Nein zur 109 Millionen Franken teuren Beschaffung der beiden Maschinen – ja der Widerstand gegen die Flugzeuge liess gar erstmals ein ganzes Rüstungsprogramm scheitern.

Die Frage, ob die Schweizer Armee über Transportflugzeuge verfügen soll, liess die Emotionen auch gestern hochgehen. SVP-Nationalrat Hans Fehr (ZH) wetterte in der Wandelhalle über jene fünf Parteikollegen, die sich zuvor für einen Vorstoss aus dem Ständerat ausgesprochen und diesem zu einer knappen Mehrheit von 89 zu 87 Stimmen verholfen hatten. Doch dann entschied der Nationalrat auf Antrag der SVP, die Abstimmung zu wiederholen. Die fünf Abweichler – darunter der St. Galler Thomas Müller – spurten auf die Parteilinie ein, und so setzten sich beim zweiten Anlauf die Flugzeuggegner durch.

Die Motion hätte den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis spätestens 2018 den Kauf von einem oder mehreren Transportflugzeugen für die Frie-

densförderung oder die Katastrophenhilfe zu unterbreiten.

SP gespalten

Ein SVP-Nationalrat, der sich nicht kategorisch gegen die Beschaffung wehrt, ist der Schaffhauser Thomas Hurter (SH), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission. Die Transportflugzeuge dürften aber keinesfalls zulasten anderer Armeeprojekte wie der Erneuerung der Luftwaffe gehen. «Weil es vor allem um humanitäre Einsätze geht, wäre die Anschaffung eigentlich Sache des Aussendepartements», sagte Hurter auf Anfrage. Verteidigungsminister Ueli Maurer bezifferte die Kosten für die Beschaffung gestern mit 200 bis 500 Millionen Franken.

Neben der SVP, die Auslandseinsätze der Armee grundsätzlich ablehnt, sprachen sich auch die Grünen für die gegenwärtige Lösung aus. Die Armee soll also weiterhin Transportflugzeuge mieten, etwa für die zweimal wöchentlich stattfindenden Versorgungsflüge zur Swisscoy im Kosovo. Die SP, die sich 2005 noch klar gegen Armee-Transportflugzeuge ausgesprochen hatte, war gestern gespalten. Zu den Gegnern gehört Barbara Gysi (SG). Heute könne jenes Flugzeug gemietet werden, das zum Einsatz passe. «Ein gekauftes Flugzeug hingegen kann zu

gross oder zu klein sein und deckt nie alle Bedürfnisse ab», sagte sie auf Anfrage. Das Nein-Lager in der SP störte sich zudem an der Vorstellung, dass die Flugzeuge für die Rückführung von Asylsuchenden verwendet werden könnte, wie dies Ueli Maurer gestern andeutete. Für SP-Nationalrätin Evi Allemann (BE) überwiegen hingegen die Argumente für ein eigenes Flugzeug. Ziel müsse eine Poollösung mit Partnerländern sein. So könne die Schweiz auf die jeweils benötigte Maschine zurückgreifen. «Dafür müssen wir aber auch ein Flugzeug beisteuern.»

Nicht Maurers Priorität

Mit dem Nein des Nationalrats ist der Kauf eines militärischen Transportflugzeuges noch nicht beendet. Maurers Verteidigungsdepartement fasste 2014 vom Gesamtbundesrat den Auftrag, den Bedarf zu evaluieren. Bis Ende Jahr wolle man dem Bundesrat die Ergebnisse präsentieren, hiess es gestern beim VBS. Bezüglich einer Poollösung stehe man mit Österreich in Kontakt. Maurer liess gestern durchblicken, dass die Transportflugzeuge nicht zuoberst auf seiner Agenda stehen. Die Armee habe die Transportbedürfnisse in den vergangenen zehn Jahren «ohne Probleme» über den zivilen Markt abdecken können.

Referendum in Aussicht gestellt

BERN Das neue Nachrichtendienstgesetz ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat hat gestern die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben, denn die Gegner wollen das Referendum ergreifen. Mit dem neuen Gesetz dürfte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) Telefone abhören, Privaträume verwanzeln und in Computer eindringen. Die Gegner warnen vor Lauschangriff und Totalüberwachung. Verteidigungsminister Ueli Maurer versicherte, die neuen Überwachungsmöglichkeiten würden nur in etwa zehn Fällen pro Jahr eingesetzt. Massnahmen wie das Verwanzen von Privaträumen oder das Eindringen in Computer wären zudem genehmigungspflichtig: Zustimmung müsste jeweils neben dem Verteidigungsminister ein Richter des Bundesverwaltungsgerichts. Sollte das Nachrichtendienstgesetz in der Schlussabstimmung angenommen werden, will die Piratenpartei am 6. Oktober den Startschuss für ein Referendum geben. Die Grünen und die Juso wollen es unterstützen. Die Piratenpartei hatte gestern einen letzten Aufruf gestartet, um die Parlamentarier umzustimmen. Mit dem Gesetz könnten zwei Jahrhunderte Neutralität mit einem Digitalkrieg jenseits jeder demokratischen Kontrolle zu Ende gehen, warnte die Piratenpartei. (sda)